



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 08.02.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** im Stadthaus  
Festsaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:01 Uhr bis 18:17 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Beate Gellert	stellvertretene Ausschussvorsitzende stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dagmar Deckwerth	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sabine Franz	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

### **Verwaltung:**

Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung und Soziales
Christian Deckert	Jugendhilfeplaner
Dagmar Schöps	Leiterin Abteilung Wirtschaftliches Controlling
Renè Lukas	stellv. Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ronny Grasse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung durch Frau Deckwerth</i>
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tilo Kurth	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Romy Mederake	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christiane Sünemann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Susanne Wildner  
Susanne Willers  
Melanie Ranft

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Fraktion MitBÜRGER für Halle-  
NEUES FORUM

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

**zu Kinder und Jugendsprechstunde**

---

**zu Herr Timon Furchert zum Jugendparlament**

---

**Herr Timon Furchert** stellvertretender Stadtschülerrat erläuterte aus seiner Sicht, die Vor- und Nachteile eines Jugendparlaments. Er hält es für wichtig, eine solche Beteiligung von Jugendlichen zu ermöglichen und somit das Demokratieverständnis zu fördern.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Gellert** eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow** teilte mit, dass der TOP 5.1 vertagt werden muss, weil diese Beschlussvorlage noch nicht im Betriebsausschuss für Eigenbetrieb behandelt wurde.

Des Weiteren wird der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund Vorlage: VI/2017/03286 vertagt.

**Frau Brederlow** gab zur Kenntnis, dass die Mitteilung unter TOP 8.2 Präventive Gesundheitsförderungsangebote von Krankenkassen für Kitas von der Verwaltung zurückgezogen wird. Unter TOP 8.5 wird die Mitteilung zur Veränderung der Bearbeitung der Kita-Ermäßigung erläutert.

**Herr Schachtschneider** bemerkte, dass der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund Vorlage: VI/2017/03286 mehrfach vertagt wurde. Die Antwort der Verwaltung ist aus seiner Sicht ausreichend.

**Herr Kramer** erkundigte sich nach dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung Vorlage: VI/2017/03646.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass mit Frau Dr. Brock vereinbart wurde, diesen Antrag heute zu behandeln.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Gellert** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Neufassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02829
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund  
Vorlage: VI/2017/03286
- 6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt  
Vorlage: VI/2017/03452
- 6.3. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger  
Vorlage: VI/2017/03457
- 6.4. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments  
Vorlage: VI/2017/03547
- 6.4.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments,  
Vorlage: VI/2017/03547
- 6.4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777  
Vorlage: VI/2018/03817
- 6.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung  
Vorlage: VI/2017/03646
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zum Stand der LQE- Verhandlungen
- 8.2. Präventive Gesundheitsförderungsangebote von Krankenkassen für Kitas

- 8.3. Mitteilung der Beschlussvorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02672
- 8.4. Mitteilung zur Jugendschöffenwahl für die Amtsperiode vom 01.01.2019 – 31.12.2023
- 8.5. Mitteilung zur Veränderung der Bearbeitung der Kita- Ermäßigung
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
- 10.1. Themenspeicher

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2018**

---

Die Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2018 wurde vertagt.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Errichtung des zukünftigen Verwaltungsstandortes in Halle-Neustadt Vorlage: VI/2017/03452**

---

**Frau Haupt** brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Brederlow** betonte, dass der Standort zum Punkt 2 „Haus der Wohnhilfe“ noch nicht abschließend bestimmt werden kann. Derzeit werden verschiedene Varianten verwaltungsintern geprüft.

**Herr Schachtschneider** bemerkte, dass eine dezentrale Verteilung des ASD benötigt wird. Zum Punkt 2 „Haus der Wohnhilfe“ erwähnte er, dass die Beabsichtigung für einen zentrumnahen Standortes durchaus Vorteile bringt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Frau Gellert** um Abstimmung der Vorlage bat.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Im Zuge der möglichen Errichtung und Nutzung des neuen Verwaltungsstandortes in der Scheibe A in Halle – Neustadt bleibt die bisherige sozialräumliche Standortverteilung der Verwaltung im Bereich der Jugendhilfe (z.B. ASD) vollständig erhalten. (gemäß Stadtratsbeschluss III/2002/02388)
2. Das „Haus der Wohnhilfe“ behält auch nach der Neuordnung der Verwaltung und Verwaltungsstandorte seine satzungsgemäße Zweckbestimmung und wird nicht veräußert.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadträtinnen und Stadträten eine verbindliche Planung zur Beteiligung des Stadtrates bei der Umsetzung des Projektes „Neuanmietung der sanierten Scheibe A“ als neuen Verwaltungsstandort vorzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat eine Planung zur Verwendung der durch die mögliche Verlegung von ursprünglichen Verwaltungsstandorten nach Halle – Neustadt in die Scheibe A, freigewordener, eigener Liegenschaften dem Stadtrat vorzulegen.

**zu 6.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger  
Vorlage: VI/2017/03457**

---

**Frau Haupt** erläuterte als Mitantragstellerin ihrer Fraktion den Antrag und begründete diesen.

Sie fragte, welchen aktuellen Sachstand die bisherigen Gespräche ergeben haben.

**Frau Haupt** machte nochmalig auf die Jugendhilfeplanung aufmerksam und betonte, dass dort eine Positionierung stattfinden muss.

**Frau Brederlow** machte deutlich, dass das Fanprojekt durch einen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, durch eine Kommune selbst als Träger des Fanprojektes oder durch einen eigenen Trägerverein beantragt werden könnte. Das Nationalen Konzept Sport und Sicherheit definiert die Rahmenbedingungen von Fanprojekten, sie sind danach auszurichten. Im Detail nachzulesen unter [www.kos-fanprojekte.de/fileadmin/user\\_upload/material/soziale-arbeit/Richtlinien-und-Regeln/nkss\\_konzept2012.pdf](http://www.kos-fanprojekte.de/fileadmin/user_upload/material/soziale-arbeit/Richtlinien-und-Regeln/nkss_konzept2012.pdf)

Die Stadt Halle (Saale) selbst wird sich nicht bewerben und sie besitzt keine Möglichkeit für



Gegebenheiten berücksichtigt werden müssen. Eine gänzliche Übernahme von vergleichbaren Projekten anderer Städten ist wegen verschiedener gesetzlichen Rahmenbedingungen nur bedingt möglich.

**Frau Dr. Schöps** teilte mit, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777 Vorlage: VI/2018/03817 nicht unterstützt wird.

**Frau Dr. Schöps** machte durch ein Beispiel deutlich, wie wichtig ein Jugendparlament für Jugendliche ist.

**Herr Hopfgarten** betonte, dass der Änderungsantrag seiner SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) mit seinem Inhalt bestehen bleibt.

**Frau Haupt** erläuterte, dass der Grundgedanke des Antrages die ernsthafte Wahrnehmung von Jugendlichen bewirken soll.

**Frau Brederlow** betonte, dass die Verwaltung eine Konzeptentwicklung befürwortet. Ein Prüfauftrag wäre hierbei nicht zielführend.

**Herr Schachtschneider** verdeutlichte nochmalig seine Sympathie zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes.

**Frau Dr. Schöps** stellte die Wichtigkeit eines Konzepts zur Einführung eines Jugendparlamentes für die Stadt Halle (Saale) fest.

**zu 6.4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlamentes, Vorlage: VI/2018/03777 Vorlage: VI/2018/03817**

---

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Frau Gellert** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Beschlusspunkt 1 der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale) **die Einführung eines Jugendparlamentes zu prüfen und dem Stadtrat ggf. einen Beschluss** ~~ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendbeirates für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.~~ Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.



zu 6.4.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments, Vorlage: VI/2017/03547  
Vorlage: VI/2018/03777**

---

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Frau Gellert** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt nach Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 **unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)** ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments **oder eines Jugendbeirates** für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur **Beschlussfassung** ~~Beratung~~ vorzulegen. **Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.**
2. ~~Das Jugendparlament soll perspektivisch im II. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen. Es soll eine Zeitschiene für die mögliche Einrichtung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendbeirates erstellt werden. Angestrebt wird eine konstituierende Sitzung im Jahr 2019.~~

zu 6.4 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Jugendparlaments Vorlage: VI/2017/03547**

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Frau Gellert** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt mit Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 2. Quartal 2018 **unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale), des Stadtschülerrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale)** ein Konzept zur Einführung eines Jugendparlaments **oder eines Jugendbeirates** für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen und dem Stadtrat zur **Beschlussfassung** ~~Beratung~~ vorzulegen. **Doppelstrukturen zu den bestehenden jugendpolitischen Gremien sollen dabei vermieden werden.**

2. ~~Das Jugendparlament soll perspektivisch im II. Quartal 2019 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.~~ **Es soll eine Zeitschiene für die mögliche Einrichtung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendbeirates erstellt werden. Angestrebt wird eine konstituierende Sitzung im Jahr 2019.**

**zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung Vorlage: VI/2017/03646**

---

**Frau Brederlow** erläuterte den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie machte auf die Änderung im Text aufmerksam.

**Frau Brederlow** empfahl die Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Frau Gellert** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt nach Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Beratungsangebotes für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung durch die Stadt Halle selbst oder durch freie Träger zu prüfen.

**Dabei soll geprüft werden, in wie weit sich ein neues Beratungsangebot von den bestehenden abgrenzen kann, diese sinnvoll ergänzen kann oder die bestehenden Angebote effektiver ausgestaltet werden sollten. Die Kosten und Zuständigkeiten sind ebenfalls zu prüfen.**

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**zu 8.1 Mitteilung zum Stand der LQE- Verhandlungen**

---

**Frau Dr. Schöps** bemerkte, dass die vorliegenden Tabellen keine Informationen über die Qualität eines Einvernehmens zwischen beiden verhandelten Seiten aufzeigen.

**Frau Brederlow** betonte, dass beide Seiten eine Vereinbarung im Einvernehmen unterschreiben.

Es gibt bei einzelnen Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten, die von der Schiedsstelle behandelt werden müssten.

**Frau Gellert** bestätigte aus Sicht eines freien Trägers, dass die Verhandlungen sehr fair und produktiv verlaufen.

**Herr Schachtschneider** erkundigte sich zum Stand von anhängigen Schiedsstellenverfahren.

**Frau Schöps** teilte mit, dass für das Jahr 2018 keine anhängigen Schiedsstellenverfahren bestehen.

---

**zu 8.3 Mitteilung der Beschlussvorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle(Saale)Vorlagen-Nr.: VI/2016/02672**

---

Die Mitteilung zur Beschlussvorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle(Saale) wurde von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

Es gab keine Wortmeldungen.

**zu 8.4 Mitteilung zur Jugendschöffenwahl für die Amtsperiode vom 01.01.2019 – 31.12.2023**

---

Die Mitteilung zur Jugendschöffenwahl für die Amtsperiode vom 01.01.2019 – 31.12.2023 wurde von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

Es gab keine Wortmeldungen.

**zu 8.5 Mitteilung zur Veränderung der Bearbeitung der Kita- Ermäßigung**

---

**Frau Brederlow** bat um Kenntnisnahme zur Veränderung bei der Bearbeitung der Kita-Ermäßigung.

**Frau Gellert** ergänzte, dass dadurch die Leistungsbeschreibung 1A entfallen würde.

**Frau Brederlow** bat darum vorerst das Präventionskonzept abzuwarten. Eine genauere Mitteilung wird im nächsten Jugendhilfeausschuss erfolgen.

**zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

#### **zu 9.1 Herr Kramer zur Arbeit mit Migranten im Bereich der Jugendarbeit**

---

**Herr Kramer** erkundigte sich zum aktuellen Stand der Leistungsbeschreibung „Arbeit mit Migranten im Bereich der Jugendarbeit“.

**Herr Deckert** teilte mit, dass dieser Sachverhalt in das Planungsdokument „Umsetzung der Jugendarbeit in den Jahren 2018 und 2019“ einfließt. Derzeit wird die Umsetzung einer solchen Leistungsbeschreibung durch die interne Beteiligung der Verwaltung geprüft.

#### **zu 9.2 Herr Schachtschneider zur Kitaplatzsituation in Halle Neustadt**

---

**Herr Schachtschneider** wollte wissen, ob es derzeit keine kurzfristigen verfügbaren Kitaplätze in Halle Neustadt gibt.

**Frau Brederlow** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 9.3 Frau Haupt zum ReSo Projekt**

---

**Frau Haupt** erkundigte sich, ob das Projekt ReSo aufgelöst wurde und wie dieser Bedarf in der Jugendhilfeplanung behandelt werden könnte.

**Frau Brederlow** sagte, dass ihr keine Auflösung des Projektes bekannt sei. Sie betonte, dass der Täter-Opfer- Ausgleich derzeit ein Problem darstellt, weil dieser nicht mehr von dem Träger angeboten wird. Dort muss ein Ersatz gefunden werden.

#### **zu 9.4 Frau Dr. Schöps zum Schreiben von Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

---

**Frau Dr. Schöps** erwähnte ein Schriftstück vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten, aus dem hervorgeht, dass vor dem Jahr 2019 keine verfügbaren Kitaplätze zur Verfügung gestellt werden könnten.

**Frau Brederlow** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 9.5 Herr Rommelfanger zur Meldung einer Kindeswohlgefährdung**

---

**Herr Rommelfanger** erkundigte sich, über die Handhabung des Meldeverfahrens bei einer vorliegenden Kindeswohlgefährdung in Schulen und Kindertagesstätten.

**Frau Deckwerth** teilte mit, dass jede Schule einen Krisenordner hat, wo verschiedenen Situationen aufgeführt und erklärt werden. Darunter befindet sich auch die Kindeswohlgefährdung. In der Netzwerkstelle wurde dieses Thema gemeinsam mit dem Jugendamt diskutiert, um eine gemeinsame Transparenz zu gewährleisten.

## **zu 9.6 Herr Kohlert zur naturkundlichen und technischen Bildung**

---

**Herr Kohlert** hatte folgende Fragen zum Thema außerschulische Jugendbildung im Bereich naturkundlichen - und technischen Bildung in der Stadt Halle.

In welcher Form finden sich technische und naturwissenschaftliche Bildung in der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) wieder?

Welche inhaltlichen Angebote sind von der Verwaltung erfasst?

Welche Angebote der technischen und naturwissenschaftlichen Bildung werden von der Stadt Halle gefördert?

Wie schätzt die Verwaltung die Perspektiven und Möglichkeiten technischer und naturwissenschaftlicher Bildung als präventive Angebote der Armutsvermeidung in der Stadt Halle ein?

**Frau Brederlow** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **zu 10 Anregungen**

---

### **zu 10.1 Themenspeicher**

---

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 10.2 Frau Haupt zum Jugendparlament in Jena**

---

**Frau Haupt** regte eine Sichtung bzw. Einschätzung der vorliegenden Arbeit der Stadt Jena zum Jugendparlament an.

### **zu 10.3 Frau Haupt zum ReSo Projekt**

---

**Frau Haupt** regte eine Aufnahme des ReSo Projektes in den Themenspeicher an.

#### zu 10.4 Frau Gellert zum Anmeldeformular eines Kitaplatzes

---

**Frau Gellert** regte an, auf dem Anmeldeformular eines Kitaplatzes den Passus „Rückmeldung der Erziehungsberechtigten bei Inanspruchnahme eines anderen Kitaplatzes“ aufzuführen.

#### zu 10.5 Herr Kohlert zur naturkundlichen und technischen Bildung

---

**Herr Kohlert** regte an, dass Thema außerschulische Jugendbildung im Bereich naturkundlichen - und technischen Bildung der Stadt Halle in den Themenspeicher aufzunehmen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Frau Gellert** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Beate Gellert  
stellv. Ausschussvorsitzende

---

René Lukas  
stellv. Protokollführer